

Magazin

erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 11, 2010

Citizenship Education

Auf der Suche nach dem Politischen in der
„Postdemokratie“

Editorial

Christian Kloyber und Stefan Vater



Editorial

Christian Kloyber und Stefan Vater

Kloyber, Christian/Vater, Stefan (2010): Editorial.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 11, 2010. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Schlagworte: Politische Bildung, Citizenship Education, Postdemokratie, Editorial

Kurzzusammenfassung

Dass „die Politik“ und „das Politische“ einer immer rasanteren Bedeutungsverschlechterung unterworfen sind, scheint niemanden mehr zu verwundern. Skandale und Korruption sind nur eine Realität, die den Begriff des Politischen von innen her aushöhlen. Vor diesem Hintergrund wird der Begriff Postdemokratie in die aktuelle Diskussion eingeführt. Politische Bildung und die europäische Variante von Citizenship Education sind diesem Prozess ausgesetzt, haben aber auch Antworten zu geben und Handlungsräume zu eröffnen. Welche Bedeutung und welchen Stellenwert haben nun „politische Bildung“ und „Citizenship Education“ für die Erwachsenenbildung in Zeiten der Postdemokratie? Welche Rolle haben sie inne, welche Aufgaben und Ziele verfolgen sie bzw. sollten sie verfolgen? Wo und wie werden politische Erfahrungen gesammelt und wer sind die Akteurinnen und Akteure – die realen wie auch die verborgenen und ausgeschlossenen? Mit diesen und vielen weiteren Fragen beschäftigt sich die vorliegende Ausgabe des „Magazin erwachsenenbildung.at“.

Editorial

Christian Kloyber und Stefan Vater

Demokratie „setzt voraus, daß sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf die Meinungsumfragen antwortet; daß diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.“

Colin Crouch (2008)

Die ausgehöhlte Demokratie – postdemokratische Verhältnisse?

Seit den 1990er Jahren mehren sich in der Öffentlichkeit kritische Stimmen über den Zustand der Demokratien. Die gesellschaftliche Realität und reale Politik mit ihren Skandalen und der als verbreitet wahrgenommenen Korruption lässt Politik und das Politische zusehends negativ erscheinen – zudem scheint diese Bedeutungsverflechtung nicht umkehrbar. Ebenso höhlt sich der Begriff von innen her aus: „Die Politik“ betont und fördert in rasanter und zunehmender Geschwindigkeit einseitig die Wichtigkeit von Konkurrenz, Leistung, Schnelligkeit, Effizienz und ExpertInnenmeinung – so die Diagnose – und entzieht damit sich selbst oder der Demokratie den Raum der Öffentlichkeit. Die Beteiligung der BürgerInnen – eine Notwendigkeit – sinkt, zumal die Orte der Demokratie verschwinden. Und die Kluft zwischen (regierenden) Eliten und BürgerInnen wie die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Immer mehr Menschen vertrauen in grundlegenden Fragen des Staates, der Integration und der Bildungspolitik mehr den Entscheidungen von ExpertInnen als jenen von PolitikerInnen. Die Demokratien selbst stehen unter dem Zwang der Universalisierung und Verabsolutierung des marktwirtschaftlichen Modells als der einzig denkbaren Variante gesellschaftlicher Organisation. Die Auswirkungen dieser Absolutsetzung und

der genannten Phänomene werden immer öfter als Entdemokratisierung wahrgenommen und gesellen sich zur „postmodernen“ Feststellung, ein Endpunkt gesellschaftlicher Weiterentwicklung oder gar „der Geschichte“ sei erreicht, wenn nicht überschritten (siehe Fukuyama 1992). Nach wie vor blendet der viel beschworene Sieg über die realsozialistischen Staaten, während die populistischen und linken Modelle Lateinamerikas in den „exotischen“ Hinterhof der westlichen Welt verschoben werden. Diese Ausgabe des „Magazin erwachsenenbildung.at“ widmet sich daher der Frage, was dieses Szenario der Entdemokratisierung für Citizenship Education und politische Bildung bedeutet.

Politische Bildung und Citizenship Education

Politische Bildung oder auch Citizenship Education benennt oder benannte als Ziel – oder modern formuliert als „Output“ des Bildungsprozesses – die Ermächtigung der BildungsteilnehmerInnen, an politischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen, zu partizipieren. Abstrakter formuliert: die Formung partizipationsfähiger und -williger politischer Subjekte oder StaatsbürgerInnen im eigentlichen Sinn. Vergessen oder unsichtbar blieben diesem Ziel lange die bestehenden Ausschlüsse aufgrund von

Geschlecht oder Herkunft sowie die Unzulänglichkeit der Universalisierungen eines Lebensmodells weißer, männlicher, bürgerlicher Schichten.

Durchaus unterschieden werden sollte zwischen klassischer politischer Bildung, die verkürzt gesprochen im Kontext des wohlfahrtsstaatlichen Denkens und des Konsenses der 1970er Jahre formuliert wurde, und Citizenship Education, die deutlich stärker die Pflichten zur Partizipation betont und insofern stärker im Kontext der mit Ende der 1990er Jahre entstandenen Governmentality-Debatten zu verorten ist. Die Europäische Union und die OECD – um nur zwei Beispiele zu nennen – bevorzugen Citizenship Education, zumal diese auch fast durchgehend ohne den Begriff der **Kritik** auskommt, also keine tatsächlich kritische StaatsbürgerInnenschaft fordert, fördert oder einfordert.

Die Aufgaben der Citizenship Education und der politischen Bildung?

Ohne auf die obige Differenzierung zwischen politischer Bildung und Citizenship Education weiter einzugehen, lässt sich Folgendes festhalten. Mit dem Übergang von der Kindheit bzw. Jugend ins Erwachsenenalter verändern sich die gesellschaftlichen und politischen Rechte des Individuums, ebenso seine/ihre Aufgaben und Pflichten, wozu die im Erwachsenenalter gebotene Wahrnehmung des Wahlrechts gehört. Der Einstieg in das Berufsleben, die notwendigen Aus- und Weiterbildungen nach der Pflichtschule, der Wehrdienst- bzw. die Zivildienstpflicht und die zunehmende Unübersichtlichkeit gesetzlicher und rechtlicher Bestimmungen erfordern für die Potenzialität – also Möglichkeit und Fähigkeit – der Partizipation politische Mündigkeit. Sie fordern die Mündigkeit der/des politischen Staatsbürgerin/Staatsbürgers (Citizen, Citoyen) und erfordern desgleichen ein politisches Subjekt an sich, unabhängig davon, ob nun die Rechte oder die Pflichten stärker betont werden. Natürlich ließe sich das auch anders formulieren: Junge Menschen sollen mit dem Erwachsenwerden die Möglichkeit bekommen und ergreifen, die Gemeinschaften, in denen sie leben, oder die Gesellschaft insgesamt weiterzuentwickeln, sollen die Möglichkeit bekommen und ergreifen, ihre Ideen, Wünsche, Interessen gemeinsam mit anderen gleichberechtigt einzubringen und

darüber durchaus auch in Auseinandersetzungen zu treten, also darüber zu streiten (zu Chantal Mouffes Vorstellungen einer notwendigen Bindung zwischen Politik und Interessenkonflikten siehe Mouffe 2005). Die Streitbare Auseinandersetzung über die Gestaltung von Gesellschaft und die Verteilung von Ressourcen liegt im Kern demokratischer Praxis, als deren Ziel die Verwirklichung guten, glücklichen Lebens gesetzt wird.

Der Rückzug der politischen Subjekte und der Verlust des demokratischen Raumes – Postdemokratie

Nun mehren sich aber auf der einen Seite die Anzeichen für einen Rückzug der politischen Subjekte aus Enttäuschung, Zeitknappheit oder anderen Gründen. Die Wahlbeteiligung und auch die Beteiligung an klassischen politischen Organisationsformen wie Parteien, Gewerkschaften und Vereinen sinken. Oder: Löst sich das politische Subjekt des 20. Jahrhunderts völlig auf? – wie VertreterInnen der post-strukturalistischen Richtungen, allen voran Judith Butler (siehe Butler 1990) und Michel Foucault (siehe Foucault 1997) festhalten. Auflösung bedeutet hier, dass das Subjekt seine Konturen durch veränderte Lebens- und Partizipationsbedingungen (intensivierte Arbeitsverhältnisse, veränderte Geschlechterordnungen etc.) und veränderte Anrufungen als Subjekt (vgl. Althusser 1977, S. 140) verliert. Was bedeutet dies für die politische Erwachsenenbildung?

Bei dieser Diagnose dürfen die historisch gewachsenen und lange unsichtbaren Ausschlüsse aus der BürgerInnenschaft und Partizipation nicht vergessen werden: Nicht allen Menschen ist und war es möglich, in der politischen Öffentlichkeit zu sprechen und dort auch gehört zu werden. Es war ihnen also unmöglich, sich als politische Subjekte zu formieren – sie wurden auch nicht als solche angerufen/nominiert. Ausschlüsse erfolgen aufgrund von Geschlecht, Herkunft und Lebenssituation. Beispielhafte Ausschlüsse benennt Gayatri C. Spivak in „Can the Subaltern Speak“ (siehe Spivak 2007) oder werden auch von verschiedenen ExponentInnen der feministischen Theorie (siehe dazu auch die Beiträge von Birge Krondorfer und Rubia Salgado in dieser Ausgabe des „Magazin erwachsenenbildung.at“) benannt.

Auf der anderen Seite und wohl auch ursächlich damit verbunden stehen Diagnosen einer Aushöhlung westlicher Demokratien, einer Entdemokratisierung derselben – im Sinne eines Demokratierückbaus und des Wunsches nach „Expertokratien“, die „schlank“ (das ist wohl der modische Begriff dafür) sind. Gemeint sind damit eindeutige Entscheidungsstrukturen im Mantel des New Public Management. Die Argumente für den Rückbau von Demokratie sind in neoliberale (siehe Vater 2005) Diskurse eingebunden, die mit Sparsamkeit, Schnelligkeit und Effizienz argumentieren. Sie werden von sozialdemokratischen Parteien des dritten Weges und von konservativen Parteien wie ein Heiligtum vor sich hergetragen.

KritikerInnen diagnostizieren eine Entwicklung hin zum Status der Postdemokratie, die Colin Crouch in seinem viel rezipierten Buch „Postdemokratie“ umrissen hat:

Der Begriff [Postdemokratie] bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, [...] in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.

Colin Crouch (2008)

Für die politische Bildung und Citizenship Education entsteht daraus allerdings ein Dilemma:

- Geht der demokratische Staat im Prozess einer Entdemokratisierung verloren oder werden die demokratischen Institutionen ihrer Gestaltungskraft beraubt, so verliert die politische Bildung bzw. Citizenship Education die Orte ihrer Einflussnahme. Dies macht die Suche nach neuen Orten und Formen nötig und erfordert wohl auch neue Kompetenzen der Individuen, was ihre Analysefähigkeit und Organisationsfähigkeit betrifft.
- Dies macht ebenso eine Suche nach neuen Formen des politisierten Selbstverständnisses und einen politischen Kampf für Lebensbedingungen, die Zeit und Raum für Politik geben, notwendig.

Dieses festgehaltene Dilemma gab Anlass, Autorinnen und Autoren einzuladen, sich dem Thema „Citizenship Education. Auf der Suche nach dem Politischen in der ‚Postdemokratie‘“ von mehreren Seiten zu nähern.

Die einzelnen Beiträge

Gary S. Schaal umreißt in seinem einleitenden Beitrag, der von einem Porträt zu Colin Crouch abgerundet wird, das Konzept der Postdemokratie. Er beleuchtet zentrale Elemente der Postdemokratisierung, die zunehmende Macht der ExpertInnen und stellt unter Bezugnahme auf Crouch die Frage in den Mittelpunkt, wie demokratisch moderne Demokratien noch sind und überhaupt sein können. Zu seinen Schlussfolgerungen zählt u.a., dass die soziale Schieflage für die Demokratie problematische Folgen hat: „*Entfremdungsprozesse intensivieren sich und grundlegende Gerechtigkeitsfragen stellen sich in neuartiger Dringlichkeit.*“

Hakan Gürses fragt ausgehend von seinen Erfahrungen als Moderator von Weiterbildungsprogrammen zur politischen Basisbildung nach dem „Politischen“ in der Praxis politischer Erwachsenenbildung und versucht die Postdemokratie-These von Colin Crouch, die Demokratiepädagogik sowie die Unterscheidung zwischen der Politik und dem Politischen zusammenzuführen mit dem Ergebnis, dass er das „*Eintreten ins ‚Reich des Politischen‘*“ fordert.

Ulrich Brand stellt in seinem Beitrag die Zusammenhänge zwischen dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft und der Bildungspolitik zur Debatte. Er beschreibt einen breiten Demokratiebegriff, der Demokratisierung auch von den Rändern der Gesellschaft und Institutionen „*aus als emanzipatorische Forderung, als uneingelöstes Versprechen, als Lebenspraxis und Begehren*“ denkt und realisiert. Jedoch: „*Die dominante Entwicklung verspricht diesbezüglich wenig. Die Bildungspolitik scheint weiterhin an den in den letzten Jahren durchgesetzten Normen orientiert.*“ Schlussendlich plädiert der Autor für ein kritisch-weltgesellschaftliches Bildungsverständnis.

Julia Gratzner und **Katrin Reiter** berichten detailliert über eine 2010 am Bundesinstitut für

Erwachsenenbildung in Strobl veranstaltete Tagung zum Thema „Postdemokratie und Citizenship“. Unter Mitwirkung zahlreicher WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen wurden in Vorträgen, Diskussionen und Workshops gemeinsam Gestaltungsmöglichkeiten politischer Prozesse gesucht. So wurde beispielsweise im Workshop „Politik und biographische Erfahrung“ Politisch-Sein als das *„Sichtbarmachen der eigenen Position verstanden, das dem Individuum ein mutiges Heraustreten, In-Erscheinung-Treten abverlangt.“* Gratzner und Reiter bescheinigen der Veranstaltung, eine lustvolle Auseinandersetzung mit dem Tagungsthema ermöglicht zu haben.

Rosa Reitsamer und **Elke Zobl** stellen in ihrem Beitrag „Ladyfeste“, feministisch-queere Kunst- und Kulturfestivals vor, die als „Lernorte“ jungen Frauen neuartige Möglichkeiten der politischen Bildung, des Ausprobierens kollektiver politischer Partizipationsformen und einer kritischen Bürgerinnenschaft eröffnen. Eigens geschaffene Musik, Kunst, Mode und auch die zahlreich entstehenden transnationalen und virtuellen Netzwerke werden zu Möglichkeiten, um einem Youth Citizenship Ausdruck zu verleihen.

Pier Paolo Pasqualoni und **Helga M. Treichl** reflektieren anhand einer Darstellung des europäischen Attac-Netzwerkes, das als Soziale Bewegung per se Lernräume eröffnet und „engaged European citizenship“ im als postdemokratisch beschriebenen Kontext konstituiert, den Übergang von einer Bewegungsorganisation und ihrer Protestkultur hin zu einer den politischen Eliten ähnlichen Kultur einer Wahlorganisation. Denn: *„Output-Orientierung, Flexibilität, Mobilität und Effizienz [...] zeichnen erfolgreiche zivilgesellschaftliche Initiativen nicht weniger aus als die politischen und ökonomischen Eliten.“* Genau in diesem Spannungsfeld gelte es nun weiter zu arbeiten.

Birge Krondorfer zeigt die Ausschlüsse aus dem Konzept der Citizenship am Beispiel von Frauen und Migrantinnen auf und fragt nach den Möglichkeiten emanzipatorischer politischer Bildung. Sie kommt u.a. zu dem Schluss: *„Bildung in diesen Kontexten bedeutet vornehmlich Selbstbewusstseinsbildung sowie die Vermittlung von Kenntnissen über Rechte, über gesellschaftliche Einflussnahme und aktive gemeinsame Gestaltung öffentlicher*

Angelegenheiten.“ Eine migrationsbewusste Bildung soll der vielfach beobachtbaren Vereinzelung und Isolation der Frauen begegnen, indem *„sie Kollektives fördert und damit Demokratie (heraus)fordert“.*

Rubia Salgado verweist aus der Perspektive einer Selbstorganisation von Migrantinnen auf zwei zu kritisierende Aspekte der politischen Bildung: auf den Ausschluss von Nicht-StaatsbürgerInnen aus dem Kreis der BildungsteilnehmerInnen politischer Bildungsaktivitäten und auf die von der politischen Bildung mitgetragene, weil nicht reflektierte Stabilisierung des bestehenden Systems. Die Autorin plädiert für die *„Konzeption und Umsetzung einer radikaldemokratischen politischen Bildung“*, in deren Selbstverständnis die *„Demokratie ohne Ausnahme“* angekommen ist.

Bernadette Konzett „predigt“ in ihrem Standpunktbeitrag (so beschreibt es die Autorin selbst) eine politische Bildung, der es vornehmlich und zuallererst um ein Zuhören geht.

Georg Fischer richtet an die LeserInnen einen Appell zur historischen Besinnung und beleuchtet kritisch den Gebrauch vereinheitlichender Begriffe der politischen Bildung. Für eine emanzipatorische „citizenship-education“ mahnt er radikale Demokratievorstellungen ein, hinterfragt er das verordnete Einpaucken unhinterfragter Rechte und Pflichten und kommt er zu dem Schluss, dass diese *„als Grundlage eine ‚Erziehung nach Auschwitz‘ formulieren, [...] die Neubewertungen von privaten und gesellschaftlichen Beziehungen nach 1968 als Richtschnur nehmen und die friedlichen Revolutionen nach 1989 als Methode praktizieren [sollte].“*

Sepp Wall-Strasser, Verena Mayrhofer und **Gerd Weninger** porträtieren in ihrem Beitrag die Gewerkschaftsschule und beschreiben Zielgruppe, Methodik, Inhalte, Ablauf und Aufbau des viersemestrigen „Lehrgangs für angewandte Gewerkschaftsarbeit“. Dieser soll die TeilnehmerInnen dazu befähigen, sich von den Schranken und Hemmungen, die als Folge ihrer persönlichen Lebens- und Lerngeschichten (Sozialisation) entstanden sind, aber insbesondere auch von den gesellschaftlichen Einschränkungen zu emanzipieren und die gegebenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Grenzen zu überwinden.

Karl Staudinger und **David Röthler** berichten über den am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl situierten Lehrgang „Politische Kommunikation 2.0“ (ab 2011 Engagement 2.0), der die Teilnehmenden mit den Werkzeugen und Kommunikationstechniken im Web 2.0 vertraut machen soll. Eine Besonderheit dieses Lehrgangs ist seine zweimonatige Laufzeit und die sich abzeichnende Etablierung einer eigenen Webcommunity.

Anna Wanka stellt das europäische Bildungsprojekt SEELERNETZ – SeniorInnen in Europa Lernen in Netzwerken – vor und zeigt anhand dessen Umsetzung in Wien, dass lebenslanges Lernen und die Erschließung politischer Partizipationsmöglichkeiten für SeniorInnen mit Hilfe lernender Netzwerke und der Berücksichtigung des sozialen Raums gelingen kann. Denn tatsächlich liegt der *„Zugang zu politischer Partizipation [...] oft direkt vor der Haustür“*.

Georg Ondrak und **Elisabeth Thöringer** geben mit ihren Rezensionen des Handbuchs „Kritische politische Bildung“ (2010) und der beiden Sammelbände „Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien – Konzepte – Möglichkeiten“ (2009) und „Weltbürgertum und Kosmopolitisierung. Interdisziplinäre Perspektiven für die Politische Bildung“ (2010) einen Einblick in aktuelle Debatten zu Theorie wie Praxis der politischen Bildung im deutschsprachigen Raum.

Redaktionelles

Zeitgleich mit dieser Ausgabe wird der Call for Papers zur Ausgabe 13 (Juni 2011) veröffentlicht. Diese widmet sich dem Themenkreis „Erwachsenenbildung als Faktor aktiven Alterns“. Redaktionsschluss für die Ausgabe 13 ist am 04. März 2011. Der Call ist online aufrufbar unter: http://erwachsenenbildung.at/magazin/hinweise_fuer_autorinnen/index.php.

Literatur

Verwendete Literatur

Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg/Berlin: VSA-Verlag.

Colin Crouch (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Weiterführende Literatur

Butler, Judith (1990): Gender Trouble. London/New-York: Routledge.

Foucault, Michel (1997): Il Faut Defendre La Societe. Paris: Éditions du Seuil.

Fukuyama, Francis (1992): The End of History and the Last Man. New York: Free Press.

Mouffe, Chantal (2005): On the Political. New York: Routledge.

Spivak, Gayatri C. (2007): Can the Subaltern Speak. Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia + Kant.

Vater, Stefan (2005): Widerstand gegen Bildung. A Stupid Attitude? In: Vater, Stefan (Hrsg.) unter Mitarbeit von Laura R. Rosinger (2010): Eine Konferenz der anderen Art. 50 Jahre Salzburger Gespräche für Erwachsenenbildung, Frankfurt: Peter Lang, S. 148-160.



Foto: K.K.

Dr. Christian Kloyber

christian.kloyber@bifeb.at
<http://www.bifeb.at>
+43 (0)6137 6621-510

Christian Kloyber ist pädagogisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl. Aufgabenbereich und Geschäftsfeld von Christian Kloyber widmen sich der Entwicklung innovativer Bildungsangebote für die Aus- und Weiterbildung von ErwachsenenbildnerInnen, thematische Schwerpunkte werden in den Bereichen Basisbildung, Sprache(n), E-Learning, Evaluation, Erwachsenenbildung und Partizipation gesetzt. Christian Kloyber ist außerdem ein international anerkannter Lateinamerikanist mit dem Forschungsschwerpunkt Exil und Kultur.



Foto: K.K.

Dr. Stefan Vater

stefan.vater@vhs.or.at
<http://www.vhs.or.at>
+43 (0)1 216422-619

Stefan Vater studierte Soziologie (in Linz und Berlin) und Philosophie (in Salzburg und Wien). Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Pädagogischen Arbeits- und Forschungsstelle des Verbands Österreichischer Volkshochschulen, Projektleiter der Knowledgebase Erwachsenenbildung sowie Lehrbeauftragter für Bildungssoziologie und Genderstudies an verschiedenen österreichischen Universitäten.

Editorial

Abstract

That the meaning of “politics” and “the political” is deteriorating more and more quickly doesn't seem to surprise anyone. Scandals and corruption are only one reality undermining the concept of the political from within. Against this backdrop, the term post-democracy has been introduced into the current discussion. Civic education and the European variant citizenship education are exposed to this process but must provide answers and open up spaces for action. In times of post-democracy, what significance and what status do civic education and citizenship education have in adult education? What role do they occupy, what questions and goals do they or should they pursue? Where and how is political experience gained and who are the actors, the real ones as well as the hidden and excluded ones? This issue of The Austrian Open Access Journal for Adult Education (*Magazin erwachsenenbildung.at in German*) deals with these and many other questions.

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk
Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Koordination u. Redaktion: Institut EDUCON – Mag. Wilfried Hackl

erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck

Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783842339972

Medieninhaber



Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5350 Strobl

Herausgeber der Ausgabe 11, 2010

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Mag. Wilfried Hackl (Geschäftsführender Hrszg., Institut EDUCON)

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)
Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Klagenfurt)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Online-Redaktion, Satz

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)
Andreas Brandstätter (/andereseiten / grafik.layout)

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das „Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazin erwachsenenbildung.at sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll durch das Magazin der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden. Die eingelangten Beiträge werden einem Review der Fachredaktion unterzogen. Zur Veröffentlichung ausgewählte Artikel werden lektoriert und redaktionell bearbeitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten.

Als Online-Medium konzipiert und als solches weitergeführt, ist das Magazin erwachsenenbildung.at beginnend mit der Ausgabe 7/8, 2009 zusätzlich in Druckform erhältlich.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p.A. Institut EDUCON
Bürgergasse 8-10
A-8010 Graz
redaktion@erwachsenenbildung.at
<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin>